

Mexiko wählt Kontinuität / López Obrador will Wahlergebnis anfechten

Der neue Präsident Mexikos heißt Felipe Calderón Hinojosa – sofern das Wahlergebnis Bestandskraft hat. Erst fünf Tage nach dem Urnengang am 2. Juli verkündete die Wahlbehörde IFE das amtliche Ergebnis. Der Mitte-Rechts-Kandidat, der wie der amtierende Präsident Vicente Fox der PAN (*Partido Acción Nacional*) angehört, hatte sich in einem Kopf-an-Kopf-Rennen, bei dem sich die Kandidaten mit fortschreitender Stimmenausrählung einander abwechselnd an der Spitze ablösten, schließlich gegenüber dem Kandidaten der Linken, Andrés Manuel López Obrador von der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*), durchgesetzt. Am Ende entschied in dem engsten Wahlausgang der mexikanischen Geschichte ein Vorsprung von nur 244.000 Stimmen - bei 41 Millionen ausgezählter Wahlzettel - über Sieg und Niederlage. Calderón erhielt 35,89 Prozent und López Obrador 35,31 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 60 Prozent von 71 Millionen Wahlberechtigten.

Es herrscht jedoch bislang keine Gewissheit, ob das Wahlergebnis im politischen System umgesetzt wird. López Obrador bemängelte angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenausrählung und mobilisierte bereits Hunderttausende Anhänger für Kundgebungen und Massendemonstrationen. Er insistiert insbesondere, dass die Stimmzettel einzeln, *voto por voto*, nachgezählt werden. Das mexikanische Wahlinstitut IFE bezichtigte er, der mexikanischen Rechten zum Wahlsieg verholfen zu haben. Unabhängige Wahlbeobachter der EU bezeichneten den Wahlverlauf jedoch als korrekt und das Verhalten des Wahlinstituts IFE als neutral. Anders als López Obrador hat Roberto Madrazo von der ehemaligen Staatspartei PRI (*Partido de la Revolución Institucional*), die über sieben Jahrzehnte das Land regierte, das Wahlergebnis anerkannt. Der parteiintern umstrittene Kandidat landete mit 21 Prozent abgeschlagen auf dem dritten Rang.

Im gleichen Wahlgang entschieden die Mexikaner auch über die zukünftige Zusammensetzung des Kongresses. Im Senat erhielt von 128 zu vergebenden Mandaten der PAN mit 52 Sitzen und positioniert sich damit als stärkste Kraft, gefolgt von den Wahlallianzen der PRI, Alianza por México (38 Sitze), und der PRD, Alianza por el Bien de Todos (36 Sitze). Von den 500 Sitzen des Abgeordnetenhauses gingen 206 an die PAN, 160 an die Alianza por el Bien de Todos und 121 an die Alianza por México. Calderón hat damit einen deutlich stärkeren Rückhalt in der Legislative als sein Vorgänger, dennoch wird auch er darauf angewiesen sein mit den Oppositionsparteien – insbesondere der stark geschwächten PRI - zu verhandeln, um Mehrheiten für seine politischen Ziele zu mobilisieren.

Die Wahl galt als politische Richtungsentscheidung für das Land, das durch den monatelangen harten Wahlkampf polarisiert wurde, der gegenseitige Diskreditierungen und Korruptionsvorwürfe nicht aussparte. Calderón und López Obrador stehen für zwei grundverschiedene Lösungsansätze zur Bewältigung der Probleme. Anders als der auf Sozialreformen fokussierte López Obrador ist Calderón, der in dem Kabinett von Präsident Fox als Energieminister tätig war, Garant für die weitgehende Kontinuität der bisherigen Regierungspolitik. Der 43jährige vertraut auf die Marktkräfte zur Entwicklung des Landes - wirtschaftliche Deregulierung, Auslandsinvestitionen und internationaler Freihandel. Angesichts des hohen Zuspruchs für López Obrador hat Calderón aber bereits angekündigt, dass er auch die soziale Ausgewogenheit und die Bekämpfung der Armut in den Mittelpunkt seiner Politik rücken will.

Von Präsident Fox wird Calderón stabile makroökonomischen Rahmenbedingungen erben - Zinsen und Inflation sinken kontinuierlich und der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Dies sollte jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass Mexiko vor allem aufgrund der sprudelnden Einnahmen aus den Erdölexporten so gut dasteht. Ein Absinken des Ölpreises würde die mexikanische Wirtschaft unmittelbar treffen. Um vom Ölgeschäft unabhängiger und international wettbewerbsfähiger zu werden, werden daher seit Jahren Wirtschaftsreformen angemahnt, die Präsident Fox aufgrund der politischen Blockade im Kongress, aber auch wegen mangelnden Verhandlungsgeschicks nicht umsetzen konnte. Calderón hat bereits angekündigt, dass das marode staatliche Energieunternehmen Pemex, das dringend Investitionen in die Infrastruktur zur Förderung und Verarbeitung des Rohöls benötigt, unter seiner Ägide für Kooperationen mit der Privatwirtschaft geöffnet werden soll. Weitere Strukturreformen in den Bereichen Justiz und Arbeitsrecht stehen auf der Agenda des Wahlsiegers. Regierung, Zentralbank und internationale Wirtschaftsorganisationen gehen davon aus, dass nach ihrer Implementierung Wachstumsraten von sieben Prozent möglich sind – statt wie im vergangenen Jahr 3,0 Prozent.

Ulrich Kaltenbach, Länderreferent für Mexiko und Zentralamerika
Hamburg, 26. Juli 2006